

Stellungnahme der Saar-Lor-Lux-Internationale

Offene Grenzen innerhalb der Großregion:

Die gemeinsame Errungenschaft von Schengen nicht in Frage stellen!

Ab dem 16. September 2024 werden an Deutschlands Grenzen zu den Nachbarländern wieder ständige Grenzkontrollen durchgeführt.

Ähnlich wie während der Corona-Pandemie wird dieser einseitige Beschluss der deutschen Bundesregierung den freien Personenverkehr in Europa beeinträchtigen. Es besteht die Befürchtung, dass dieser Vorstoß eine Welle nationaler Alleingänge in der europäischen Grenz- und Flüchtlingspolitik auslösen wird, was letztlich das gemeinsame Zusammenleben und die Idee eines Europas ohne Grenzen gefährdet.

Wir Sozialdemokraten und Sozialisten aus der Großregion bedauern diese besorgniserregende Entwicklung zutiefst. Permanente Grenzkontrollen im Saar-Lor-Lux-Raum werden zwangsläufig zu Verzögerungen und Behinderungen im grenzüberschreitenden Austausch führen. Besonders betroffen sind die vielen Grenzpendler, aber auch wirtschaftliche Folgen, insbesondere für Handel und Gewerbe, sind nicht auszuschließen.

Bei Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen Migration ist, wie bei allen Eingriffen in Freiheitsrechte, stets das Prinzip der Verhältnismäßigkeit zu beachten. Feste Grenzkontrollen in unserer Region sind unverhältnismäßig, da es keine belastbaren Erkenntnisse über illegale Einwanderer-Routen in die Großregion gibt.

Hinzu kommt, dass die Wirksamkeit solcher Kontrollen bei der deutschen Polizei und anderen Sicherheitsbehörden höchst umstritten ist. Zielführender wären Maßnahmen wie ein verbesserter Datenaustausch und eine intensivere grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich, anstatt die Bürgerinnen und Bürger an den Grenzen unnötig zu schikanieren.

Die Saar-Lor-Lux Internationale fordert die verantwortlichen Stellen auf, die geplanten Grenzkontrollen so zu gestalten, dass sie den freien Grenzverkehr so

wenig wie möglich beeinträchtigen. Aus diesem Grund sollten sie nicht an den Grenzübergängen, sondern, wo angemessen, im Landesinneren durchgeführt werden. Zudem sollte die Dauer der Kontrollen auf ein Minimum beschränkt und regelmäßig evaluiert werden, bevor über eine Fortsetzung der Maßnahme entschieden wird.

Ein gelebtes Europa ist, gerade bei uns in der Großregion, ohne freie Grenzen nicht denkbar.

Alex Bodry (LSAP), Karl-Heinz Lambertz (SP), Reinhard Klimmt (SPD), Christoph Grimm (SPD), Danielle Kies (LSAP), Jacqueline Breuer (LSAP), Gusty Meisenburg (LSAP), Paul Delaunois (LSAP), Christine Jung (SPD), Kristina Diller (SPD), Eugen Roth (SPD), Jo Leinen (SPD), Klaus Gewehr (SPD), Dr. Josef Peter Mertes (SPD), Cécile Hemmen (LSAP), Jeremy Houssay (PS), Nicolas Dziezuk (PS).

Mitgeteilt am 16.9.2024